

„Demokratiegeschichte“

Sommersemesterprogramm 2024 der Ranke-Gesellschaft.
Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben e.V.

Durchführung online als Videokonferenzen, per Zoom

Termine

14. März 2024, 18.00–20.00

16. April 2024, 18.00–20.00

23. Mai 2024, 18.00–20.00

13. Juni 2024, 18.00–20.00

28. Juni 2024, 10.00–12.30, 14.00–17.30

Konzept und Organisation: Wolfgang Schmale (Wien)

Anmeldungen bitte an: Wolfgang Schmale (wolfgang.schmale@univie.ac.at)

(Die Anmeldung dient nur dem Zweck, Sie ggf. über Änderungen
am Programm und den Zoom-Links informieren zu können)

Demokratiedebatten drehen sich aktuell meistens um Gefährdungen der Demokratie, Krise der Demokratie oder um deren in Frage gestellte Wehrhaftigkeit. Die Problemlösungsfähigkeit der Demokratie wird angezweifelt. Positive Entwicklungsperspektiven sind in den Hintergrund getreten. Es scheint, als gehe eine rund 250 Jahre währende Phase des Aufstiegs von Demokratie zu Ende. Revolutionäre Schübe, die diese lange Phase immer wieder geprägt haben, sind nicht in Sicht. Befindet sich die Demokratie im Niedergang, ist sie nicht mehr erfolgreich?

Diesen pessimistischen Sichtweisen soll mit dem Semesterprogramm der Ranke-Gesellschaft nun nicht schlicht eine „fröhlich-optimistische Demokratiegeschichte“ entgegengehalten werden. Es geht vielmehr darum, Demokratie im Licht ihrer Geschichte konstruktiv zu reflektieren. Das geplante Programm erlaubt es, eine Reihe von Problemstellungen zu diskutieren, die einen Brückenschlag zwischen Aktualität und Demokratiegeschichte ermöglichen. Freilich ist zu unterstreichen, dass es sich nur um eine Problemauswahl handeln kann, die gleichwohl geeignet ist, die Sache weiter zu denken.

14. März 2024, 18.00–20.00

Demokratie in der Frühen Neuzeit?

Lars Behrisch, Utrecht

Abstract: In diesem Vortrag wird argumentiert, dass es während der Vormoderne keine graduelle Entwicklung hin zu demokratischeren Formen politischer Teilhabe gab, wie es bestehende Narrative in aller Regel behaupten oder implizieren. Im Gegenteil wurden Ständeversammlungen wie auch andere Institutionen kollektiver politischer Mitbestimmung, so etwa die Räte niederländischer Städte, zusehends elitärer und exklusiver. Es wird argumentiert, dass der Entstehung unserer modernen, repräsentativen Demokratie neben den auf das Hochmittelalter zurückgehenden Traditionen (elitärer) politischer Teilhabe ein zweites, ganz anders gelagertes und auf ganz anderen Wegen entstandenes Phänomen zugrundelag: die Vorstellung und teilweise auch damit einhergehende Praktiken individueller Gleichheit. Erst in der Amerikanischen und Französischen Revolution wurden diese beiden voneinander unabhängigen, in vieler Hinsicht sogar antagonistischen Traditionen miteinander vereint – in kaum antizipierter, nicht geplanter und auf jeweils eigene Art problematische Weise.

16. April 2024, 18.00–20.00

Ist die polnische Demokratie am Ende?

Christoph Augustynowicz, Wien

Abstract: Ist mit dem Ausgang der Parlamentswahlen in Polen am 15. Oktober 2023 eine Trendwende eingeleitet? Mit dem Verlust der Mehrheit der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ („PiS“) an das von der „Bürgerlichen Koalition“ („KO“) geführte Wahlbündnis scheint der Niedergang der bürgerlich-liberalen Demokratie zumindest vorläufig abgewendet. Dieser Umstand wird zum Anlass genommen, um über die Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Polen zu reflektieren und zu diskutieren; als Grundlage dafür wird ein verfassungshistorischer Bogen von der Maiverfassung 1791 bis zur „PiS“ und ihrer (noch) aktuellen Verfassungspolitik dienen.

23. Mai 2024, 18.00–20.00

Serbian Democracy and Russia, 1990-2023

Slobodan G. Markovich, Belgrad

Abstract: In this lecture Serbia's path from an authoritarian state under Slobodan Milosevic (1989-2000), then an unconsolidated democracy after 2000, to the current situation of a hybrid state since the mid 2010s will be discussed. Political influence of Russia and its increasingly autocratic model will also be covered, especially in the period since 2005. Unresolved issues of Serbia with Kosovo have enabled Russia to become an actor not only in Serbia, but also in the Western Balkans. A wider region will also be covered and the emergence of a particular polity called stabilitocracy will be analysed. Problems of the deterioration of democracy will also be analysed within the context of the third wave of autocratisation and how this wave has affected the region of the Western Balkans.

13. Juni 2024, 18.00–20.00

Postdemokratische Entwicklungen und hegemoniale Denkweisen

Claudia Ritzi, Trier

Abstract: In seinem berühmten Essay über die „Postdemokratie“ diagnostiziert Colin Crouch den Verfall der Demokratie in westlichen Regierungssystemen. Der öffentliche Diskurs verkomme zur Inszenierung, während politische Entscheidungen von zunehmend elitären Zirkeln „hinter verschlossenen Türen“ getroffen würden. Möglich wurde dieser Entwicklungsprozess laut Crouch durch die Hegemonie neoliberalen Denkens, welche ökonomische (Minderheits-)Interessen als dominante Entscheidungsrationaltäten etablierte. Der Vortrag rekonstruiert den von Crouch beschriebenen Entwicklungsprozess westlicher Demokratien im späten 20. Jahrhundert und reflektiert die Aussagekraft der postdemokratischen Krisendiagnose für aktuelle Debatten über Mehrheits- und Minderheitspositionen in der politischen Öffentlichkeit.

28. Juni 2024 (10.00 – 18.00)

10.00–10.15

- **Begrüßung und Einführung: Markus A. Denzel/Wolfgang Schmale**

10.15–11.15 — Moderation: **Markus A. Denzel**

- **300. Geburtstag Immanuel Kant: Immanuel Kants Beitrag zur Demokratie im digitalen Zeitalter**

Wolfgang Schmale, Wien

Abstract: Am 22. April 2024 jährte sich Immanuel Kants Geburtstag zum 300. Mal. Kant ist einer der global am meisten rezipierten Philosophen überhaupt und kann als populärer Philosoph gelten. Seine Präsenz wurde durch digitale Medien nochmals gestärkt und umfassend globalisiert. Im Vortrag wird der Frage nachgegangen, welche inhaltlichen Verbindungen zwischen Demokratie und der Philosophie Kants durch digitale Medien geschaffen werden. Dabei wird besonders auch der „globale Süden“ in den Blick genommen. In diesem Zusammenhang ist zu klären, wie sich die einerseits postkoloniale Kritik an Kant und andererseits die Demokratiebezüge in der „digitalen Präsenz“ Kants zu einander verhalten.

11.30–12.30 — Moderation: **Markus A. Denzel**

- **Verfassungs- und Höchstgerichtsbarkeit – notwendiger Bestandteil oder Einschränkung einer demokratischen Ordnung? Zum Aufstieg der „Dritten Gewalt“ und der Problematik des „Richterstaates“**

Thomas Simon, Wien

Abstract: Kennzeichnend für die moderne Verfassungsgerichtsbarkeit ist ihre Kompetenz zur Überprüfung parlamentarischer Gesetzgebungsakte auf ihre Vereinbarkeit mit der jeweiligen Verfassungsordnung. Während die Rechtssetzungsakte der Regierung und Verwaltung, die sog. „Rechtsverordnungen“, auch von den ordentlichen Gerichten auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft werden können, bleibt die Kontrolle des parlamentarischen Gesetzgebers den Verfassungsgerichten vorbehalten.

Die „Normenkontrollbefugnis“ der Verfassungsgerichte gegenüber dem Parlament ging zwar Hand in Hand mit der Einführung demokratischer Verfassungen, aber gleichzeitig entstand damit ein neuartiges

Spannungsverhältnis zwischen der Justiz und dem auf der Idee der „Volkssouveränität“ beruhenden parlamentarisch-demokratischen Prinzip. Denn die demokratische Bewegung war ja im 19. Jh. gegenüber dem Konstitutionalismus gerade mit der Forderung aufgetreten, dass das Parlament, da vom Volk unmittelbar gewählt, das oberste Organ sein müsse, das kein übergeordnetes Organ über sich dulden könne. War dies im Konstitutionalismus der Monarch gewesen, der über sein Sanktions- bzw. Vetorecht die parlamentarische Gesetzgebung einer Letztkontrolle unterwerfen konnte, so trat in den demokratischen Verfassungen nach dem Ersten Weltkrieg – signifikanterweise zuerst in der jungen Republik Österreich 1920 – in Gestalt einer Verfassungsgerichtsbarkeit mit Normenkontrollbefugnis ein neues, dem Parlament zumindest punktuell übergeordnetes Kontrollorgan in Erscheinung, mit dem sich das Parlament in rechtliche Schranken weihen ließ. Natürlich war und ist die Kontrolle der Verfassungsgerichte – anders als beim monarchischen Sanktionsrecht – eine rein *rechtliche*. Auch verfügen die Verfassungsgerichte, da in der Regel vom Parlament bestimmt, zumindest über eine gewisse demokratische Legitimation. Aber letztere ist – verglichen jedenfalls mit der Legitimationsgrundlage der Abgeordneten – doch recht stark ausgedünnt. Auch die Beschränkung auf die reine *Rechtskontrolle* ist bei genauerem Hinsehen nur ein schwacher Trost, weil sich die rechtlichen Prüfungsmaßstäbe, nämlich die staatsrechtlichen Kompetenzverteilungsregeln, vor allem aber die Grundrechte der Verfassung, als ausgesprochen weitmaschig, da extrem auslegungsbedürftig erweisen, so dass den Verfassungsgerichten im Ergebnis ein ganz erhebliches politisches Gewicht zukommt.

Hier setzt auch die Kritik an. Sie ist im Schlagwort des sog. „Richterstaates“ auf den Punkt gebracht: Im „Richterstaat“ entscheiden nicht die gewählten Volksvertreter, sondern ein Areopag von Verfassungsrichtern, der nicht über eine vergleichbare unmittelbare demokratische Legitimation verfügt wie die Abgeordneten.

In dem Vortrag wird zunächst der Aufstieg der „Dritten Gewalt“ im 19. und 20. Jh. zu einer mit der vollziehenden Gewalt, ja sogar mit der Legislative gleichrangigen Größe dargelegt. Dieser verfassungsgeschichtlich elementare Vorgang setzt in Österreich besonders früh, in ersten Anfängen sogar schon mit der Dezemberverfassung 1867 ein. Das kulminiert schließlich in der Staatsorganisationsordnung des B-VG 1920, wo sich zum ersten mal in Europa ein Verfassungsgericht mit Normenkontrollbefugnis gegenüber dem Parlament findet. Der Vortrag thematisiert die Frage, warum diese Entwicklung gerade in Österreich besonders früh über die Bühne geht; die begleitenden staatsrechtlichen und politischen Diskurse sollen dargestellt werden; ebenso die Befürchtungen, die sich damit verbinden, nämlich die partielle politische Entmündigung des Souveräns, also des „Volkes“. Schließlich soll gezeigt werden, wie verfassungsgerichtliche Normenkontrollbefugnis und Demokratieprinzip argumentativ in Übereinstimmung gebracht wurden und werden.

12.30-14.00: Pause

14.00–16.00 — Moderation: **Wolfgang Schmale**

Table Ronde: Gibt es eine „europäische“ Demokratie? – Wie „europäisch“ ist Demokratie?

- Stellt „Demokratie“ eine „europäische“ Erfindung dar?
Aaron Gebler, Freiburg
- Demokratisierung und Wahlrecht (mit globalgeschichtlicher Perspektive)
Birgitta Bader-Zaar, Wien
- Wie demokratisch ist die Europäische Union?
Ines Soldwisch, Aachen
- „EU-Architektur“ und „demokratische Semantik“
Julia Rüdiger, Linz

16.15–17.30 — Moderation: **Wolfgang Schmale**

- **Revolutionär und demokratisch? Die Ukraine zwischen 1991 und Februar 2022**

Kerstin Susanne Jobst, Wien

Abstract: Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 wurde die Ukraine unabhängig. Nicht erst seit der Annexion der Krim, der Einverleibung ostukrainischer Gebiete durch die Russländische Föderation 2014 und dem völkerrechtswidrigen Überfall auf weitere ukrainische Gebiete am 24. Februar 2022, betrachten Teile der Weltöffentlichkeit die Ukraine als gescheitertes Staatsbildungsprojekt bzw. als Failed State. Sie bedient damit letztlich das auch von Moskau gewünschte Bild des „kleinen Bruders“, der ohne den großen Nachbarn im Norden nicht lebensfähig sei. Leider verfiel dieses Bild vom Krisenland Ukraine nicht völlig ohne Grund – die schlechte wirtschaftliche Lage, die Inhaftierung der ehemaligen Oppositionsführerin Julija Tymoschenko als ein Ausdruck kulminierender politischen Krisen – waren beständig Themen. Diese Lesart ignoriert allerdings, dass die Ukraine (neben den baltischen Staaten mit ihren ungleich besseren Voraussetzungen) der Staat in der sowjetischen Erbmasse ist, der auf dem Weg Richtung Demokratie am erfolgreichsten war. Die sog. Orange Revolution 2004 und der Euromajdan, der im Herbst 2013 begann, zeigten den Willen vieler Ukrainerinnen und Ukrainer nach einem politischen Neubeginn. Die russische Politik verhinderte das Fortschreiten auf diesem Weg brutal.

Es ist vorgesehen, die Beiträge in den „Historischen Mitteilungen“ 2024, dem Jahrbuch der Ranke-Gesellschaft, zu veröffentlichen. Das Jahrbuch erscheint im Franz Steiner Verlag, Stuttgart.

Informationen zu den Vortragenden:

[Christoph Augustynowicz](#): Professor für Osteuropäische Geschichte, Vorstand des Instituts für Osteuropäische Geschichte, Universität Wien

→ Kleine Kulturgeschichte Polens. Vom Mittelalter bis zum 21. Jahrhundert. Wien 2017

[Birgitta Bader-Zaar](#): Assistenzprofessorin für Geschichte der Neuzeit, Institut für Geschichte, Universität Wien

→ Forscht zur Geschichte des Wahlrechts ([Publikationen](#))

[Lars Behrisch](#): Assistant Professor für Politische Geschichte der Neuzeit, Department of History and Art History, Universität Utrecht

→ The Genesis of Democracy in Early Modern Europe, Cambridge: Cambridge University Press 2024 [in preparation]

[Markus A. Denzel](#): Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Universität Leipzig; Vorsitzender der Ranke-Gesellschaft

→ Herausgeber/Mitherausgeber: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (VSWG); Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft (HMRG); Beiträge zur europäischen Überseegegeschichte (BEÜ); Annales Mercaturae

[Aaron Gebler](#): Akademischer Rat a. Z., Seminar für Alte Geschichte, Universität Freiburg

→ Die Verwendung und Bedeutung von Losverfahren in Athen und im griechischen Raum vom 7. bis 5. Jh. v. Chr., Stuttgart: Franz Steiner Verlag (erscheint vsl. März 2024)

[Kerstin Susanne Jobst](#): Professorin für Osteuropäische Geschichte, Institut für Osteuropäische Geschichte, Universität Wien

→ Geschichte der Ukraine. 3. Aufl. Dietzingen: Reclam, 2022 (zugleich Bundeszentrale für Politische Bildung); Geschichte der Krim. Iphigenie und Putin auf Tauris. Berlin: de Gruyter 2020 (Englische und Ukrainische Ausgabe 2024).

[Slobodan G. Markovich](#): Professor für Politikwissenschaften, Universität Belgrad, Fakultät für Politikwissenschaften

→ Pesimisticka antropologija Zigmunda Frojda [Pessimistic Anthropology of Sigmund Freud] (Belgrade: Dosije Press, 2014); Cultural Transfer Europe-Serbia (Belgrade: Dosije Press 2023)

[Claudia Ritzj](#): Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte, Fachbereich III, Universität Trier

→Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie - theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, 2014

[Julia Rüdiger](#): Assistenz-Professorin am Institut für Geschichte und Theorie der Architektur, Kathol. Privatuniversität Linz

→Bauen für die europäische Staatengemeinschaft. Analyse der Strategien einer supranationalen Bedeutungs- und Identitätsstiftung anhand exemplarischer EU-Bauten in Brüssel (Habilitationsschrift in Vorbereitung)

[Wolfgang Schmale](#): Bis 30.9.2021 Professor für Geschichte der Neuzeit, Universität Wien

→#ImmanuelKant. Kosmopolit digital im postkolonialen Zeitalter (IZEA – Kleine Schriften; Bd. 15). Halle: Mitteldeutscher Verlag, 2024

[Thomas Simon](#): Professor für europäische Rechts- und Verfassungsgeschichte, Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte, Universität Wien

→Forschungs- und Publikationsprojekt „[Konstitutionalismus und Parlamentarismus im Vielvölkerstaat](#). Österreichische Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts im europäischen Kontext“

[Ines Soldwisch](#): Privatdozentin für Neuere und Neueste Geschichte

→Das Europäische Parlament 1979-2004, Inszenierung, Selbst(er)findung und politisches Handeln von Abgeordneten, Stuttgart: Kohlhammer, 2021

→[Rechtspopulistisch in die Zukunft des Europäischen Parlaments und ganz Europas?](#) Die Déclaration sur l'avenir de l'Europe (2. Juli 2021), in: clio-online, Themenportal Europäische Geschichte, 2022

→aktuelles Forschungs- und Publikationsprojekt: University of Södertörn/HHU Düsseldorf, Co-Leitung des Drittmittelprojekts „Pippi beyond the border“ (Foundation for Baltic and East European Studies [Östersjöstiftelsen])